

Punkt 10 der öffentlichen Sitzung am 07.10.2003

Vorlage Nr. 03-F-03-0068

Gemeinsamer Ausschuss Stadtverordnetenversammlung Wiesbaden - Kreistag des Rheingau-Taunus-Kreises

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 30.09.2003 -

Die Landeshauptstadt Wiesbaden und der Rheingau-Taunus-Kreis haben vielfältige Berührungspunkte. Viele BürgerInnen aus dem Rheingau-Taunus-Kreis arbeiten in Wiesbaden, viele SchülerInnen besuchen weiterführende Schulen in Wiesbaden, viele WiesbadenerInnen nutzen das Kreisgebiet zur Naherholung. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit gemeinsamen und abgestimmten Handelns. In der Vergangenheit gab es immer wieder eine sporadische Zusammenarbeit, meistens unter Federführung der beiden Verwaltungen.

Im Sinne von einer effizienteren Zusammenarbeit, auch in der Schulpolitik möge der Ausschuss daher beschließen:

Der Ausschuss strebt die Einrichtung eines ständigen gemeinsamen Ausschusses der Stadtverordnetenversammlung Wiesbaden und des Kreistages Rheingau-Taunus-Kreis an. Die Stadtverordnetenvorsteherin wird gebeten, mit einem entsprechenden Vorschlag an den Kreistagsvorsitzenden des Rheingau-Taunus-Kreises heranzutreten. Die genauen Modalitäten (Zusammensetzung des Ausschusses, Sitzungshäufigkeit ...) sollten in einer gemeinsamen Sitzung der beiden Ältestenausschüsse erörtert werden.

Beschluss Nr. 0099

Der Antrag wird abgelehnt.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .10.2003

Scholz
Vorsitzende

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .10.2003

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .10.2003

Dezernat VIII
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Diehl
Oberbürgermeister